

© **Schwerpunkt »Wertschöpfung & Wertschätzung«**

»Es geht auch ohne Politik!«

Über privatwirtschaftliche und europäische Lösungsansätze zur Stabilisierung der Milchmärkte

Ein Interview mit Elmar Hannen*

Die Öffnung des europäischen Milchmarktes hin zum Weltmarkt wird seit Jahren von Milchpreiskrisen, Protesten und Betriebsaufgaben der Milchbäuerinnen und -bauern begleitet – und von Forderungen an die Politik, endlich marktpolitische Maßnahmen umzusetzen, die auch den Bäuerinnen und Bauern zugutekommen. Nun haben Frankreich und Spanien begonnen, Lösungen zur Stabilisierung der Milchmärkte und Verbesserung der Einkommenssituation der Erzeuger zu entwickeln; und auch bei der EU-Kommission gibt es Bemühungen um eine verbesserte Marktregulierung. Ein gänzlich neuer Ansatz wird zurzeit in Deutschland ausprobiert: sog. Drei-Parteien-Verträge zwischen Erzeugern, Verarbeitern und dem Handel. Wir haben mit Elmar Hannen, Vizepräsident des European Milk Board, über diesen innovativen, privatwirtschaftlichen Verhandlungs- und Vertragsansatz gesprochen, der Vorbild auch für europäisches Handeln sein könnten.

Sie sind Milchbauer vom Niederrhein und setzen sich seit Jahren politisch auf nationaler wie europäischer Ebene für eine politische Stabilisierung des Milchmarktes ein. Als Vorstandsmitglied des European Milk Board (EMB) sind Sie nun maßgeblich daran beteiligt, dass in Deutschland erstmalig eine neue Form des Vertragsabschlusses zwischen Erzeugern, Verarbeitern und Handel zustande gekommen ist. Was müssen wir uns darunter vorstellen?

Hannen: Diese sog. Drei-Parteien-Verträge werden zwischen Milcherzeugern, verarbeitender Molkerei und dem Lebensmitteleinzelhandel geschlossen. Wir haben das erstmalig im Oktober 2024 zusammen mit der REWE-Tochter Penny gemacht. Penny bringt auf dieser Vertragsbasis eine faire Milch in den Handel. Neu daran ist, dass sich der Preis der Milch von den Produktionskosten ableitet und die drei Parteien sich auf einen vertraglich festgelegten Preisbildungsmechanismus einigen. Zentrale Fragen dabei sind: welche Indikatoren und vorhandene Notierungen werden genommen, in welchem zeitlichen Rhythmus wird der Preis angepasst und um welche Mengen und Qualitäten handelt es sich?

Das Vorbild war Frankreich. Was habt ihr von deren Verträgen gelernt?

Hannen: In Frankreich gibt es solche Drei-Parteien-Verträge, seitdem vor zehn Jahren das sog. EGALIM-Gesetz mit dem Ziel etabliert wurde, Transparenz in der Wertschöpfungskette zu schaffen und den Verkauf unter Produktionskosten zu unterbinden. Es gab jedoch bestimmte Konstruktionsfehler. So wurde für die Datenermittlung der Produktionskosten und Preise das Institut IDELE¹ beauftragt, das jedoch mit ein, zwei Jahre alten Buchführungsdaten rechnet. Da kann die Situation am Markt schon eine ganz andere sein. Man hätte das Gesetz auch »scharf« stellen können und Genossenschaften sowie die großen Lebensmittelkonzerne einbeziehen. Dass diese wieder außen vor blieben und wer das verhinderte, das konnte man in Frankreich genau sehen. Die Landwirte als schwächstes Glied der Kette, die das Gesetz eigentlich schützen sollte, sind nicht durchgedrungen, dass die Datenerhebung ihren Interessen folgt, d. h. sauber mit aktuellen Zahlen hinterlegt wird.

Im Milchsektor wurden die Drei-Parteien-Verträge in Frankreich zu Beginn nur mit der Geschäftsführung der Molkereigenossenschaften verhandelt. Und diese sagt: »Die Landwirte sind automatisch mit dabei, weil

* Das Gespräch führte Andrea Fink-Keßler.

in der Genossenschaft der Landwirt nicht nur Erzeuger ist, sondern auch Inhaber der verarbeitenden Industrie«. Die Politik, die die Regeln setzt, sollte da jedoch genauer hinschauen. Dass Erzeuger in Genossenschaften oder Erzeugergemeinschaften *per se* fair behandelt werden, das ist ja im Leben nicht so. Die großen Genossenschaften haben mittlerweile ihr operatives Geschäft in Tochtergesellschaften umgewandelt, in Holdings – vermutlich, um mit den großen Lebensmittelkonzernen auf gleicher Augenhöhe verhandeln zu können. Nur dürfen sie ihre Erzeuger nicht vergessen, und das ist das, was die Politik erstmal begreifen muss. Das ist der weitere Punkt. Was in Frankreich allerdings wirklich im Sinne der Erzeuger gut gezogen hat, ist die Langfristigkeit der Verträge. In Deutschland ist es so, dass alle halbe Jahre die weiße Warenkette neu verhandelt wird und daher immer unter Preisdruck steht, außer das Produkt wird knapp, so wie jetzt gerade beim Milchfett.

Was habt ihr anders gemacht als in Frankreich und wie genau funktioniert dieser Vertrag, den ihr ausgehandelt habt?

Hannen: In Frankreich werden die von den Verträgen zu berücksichtigenden Eckpunkte durch das Gesetz EGALIM festgelegt, also »von oben«. In Deutschland ist es eine private Initiative, die freiwillig vom Handel mit den Erzeugern zum gleichen Ergebnis gekommen ist. Wir haben uns angelehnt an die französischen Verträge, die mit der französischen REWE-Tochter LeClerc gemacht wurden, und haben versucht, die genannten Fehler zu vermeiden. Wichtig waren uns lange Laufzeiten und die Transparenz der Preisbildung. Alle drei Parteien haben sich auf einen Mechanismus geeinigt und einen zeitlich fixierten Anpassungsautomatismus, auch um unerwartete Preis- und Kostenschwankungen auszugleichen. Festgelegt wurden auch die Mengen (mit Abweichungen von plus/minus 20 Prozent), sodass dies wie eine Abnahmegarantie für die Milchbauern wirkt.

Konkret haben wir mit Penny verhandelt, einer zentral von REWE gesteuerten Tochtergesellschaft. Wir haben auch nicht eine Genossenschaft in unsere Mitte gesetzt, da es denen nicht möglich ist, nur spezielle Lieferanten, die ihrerseits für das Produkt stehen, auszubezahlen. So sind wir bei kleineren und privaten Verarbeitern gelandet: Sie boten uns ihre Programme an wie z. B. Tierwohlmilch oder Weidemilch oder Biomilch. Da haben sie ihre Lieferanten schon »vorsortiert« und können getrennt verarbeiten. So funktioniert dann auch eine separate Abrechnung.

Wir haben dann gesagt, das Produkt ist die »Faire Milch«. Somit hat diese Milch quer durch Deutschland verschiedene Produzenten. Alle erfüllen sie gesellschaftliche Leistungen wie z. B. Weidehaltung,

Umweltprojekte oder Klimaschutz. Nun erhalten sie zusätzlich eine faire Bezahlung nach den Kriterien des Milch Marker Index (MMI). Wir können ja nicht bundesweit die Milch abholen. Also kaufen wir uns einen »fertigen Strang« z. B. mit der Tierhaltungsstufe drei bei einer Privatmolkerei. Der Mehrwert entsteht dadurch, dass die »Faire Milch« ihr Gesicht dazu gibt. Diese Marke wird dann in den Läden vor Ort erworben. Wir beginnen erstmal mit überschaubaren Mengen. Als Preissegment haben wir den mittleren Bereich ausgewählt. Bei REWE heißt er »Beste Wahl«. So haben wir ein Markenprodukt ohne aufwendiges Marketing. Da REWE den Einkauf für PENNY zentral macht, läuft das auch.

Erst Frankreich und jetzt Deutschland – gibt es eine Art europäischen Handlungsdruck in Richtung Marktgestaltung über Verträge?

Hannen: Ja genau! Auch die Briten führen gerade Verträge ein. Seit dem Brexit hat der Handel dort Riesenprobleme, die Ernährungssouveränität aufrechtzuerhalten: alle Importe kosten Zoll, hinzu kommen CO₂-Steuerkosten, Mautgebühr etc. Importe werden teurer, als das Produkt im eigenen Land zu produzieren. Doch die eigenen Landwirte hören auf, weil keine EU-Subventionen mehr fließen und sie wirtschaftlich gar nicht mehr klarkommen. Egal, in welches Land man schaut, erfordert die Situation irgendeine Handlungsoption und es werden unabhängig voneinander diese Vertragsgestaltungen als Lösung angesehen: Die Engländer unter ganz anderen Voraussetzungen; die Franzosen, die es vielleicht einfach nicht so gut gemacht haben; die Belgier sind gerade dabei und nun die Deutschen, die seit drei, vier Jahren überlegen, diese Variante mal am Markt zu etablieren. Nicht nur für Milch, auch für Fleisch, Kartoffeln, Obst oder Gemüse.

Warum kommt dieser Handlungsdruck gerade jetzt auf?

Hannen: Ich glaube, die Kassen sind leer und dem Steuerzahler ist kaum noch zu erklären, warum die Landwirtschaft so viel Geld bekommen hat und dies nur mit wenigen Auflagen. Nun muss das Geld in die Lösung anderer gesellschaftlicher Probleme gesteckt werden, sowohl national als auch auf EU-Ebene. Daher stellt sich die Frage, wie kriege ich die Landwirtschaft trotzdem motiviert, weiter zu wirtschaften? Der Bauernverband wird ja nicht müde zu erklären, die gesellschaftlichen Anforderungen seien der Grund dafür, dass die Landwirte keine Lust mehr haben und aufgeben. Tatsächlich aber ist es die schlechte (oder gar keine) Bezahlung für die Erfüllung der höheren gesellschaftlichen Erwartungen sowie die Abhängigkeit von Subventionen und der Zwang der Politik, das alles auch zu kontrollieren.

Die höheren Anforderungen resultieren auch daraus, die Umweltschäden, die durch die Intensivierung entstanden sind, einzudämmen.

Hannen: Ja, erst hat man die Landwirte reingetrieben und dann wieder zurückgepöfien. Das sieht man besonders drastisch in Holland. Die Tierhaltung wurde dort industrialisiert und die Folgen sind eine Überfrachtung mit Nährstoffen, besonders mit Stickstoff. Nun ziehen sie die Reißleine. Das sollte uns in Europa genug Warnung sein. Wir müssen beizeiten dafür sorgen, dass ein besseres System aufgebaut wird. Dieses Agrarsystem hat sich doch ad absurdum geführt durch den Export der Überproduktion. Daher müssen wir den Weltmarkt akzeptieren. Doch dieser hat keine Gesellschaft, die Anforderungen stellt, bzw. in den anderen Ländern herrschen andere Produktionsfaktoren. Aus diesem Grund liegt der Weltmarktpreis niedriger als auf den europäischen Märkten, ganz gleich, ob es sich um Milch, Fleisch, Getreide, Obst oder Gemüse und Kartoffeln handelt. Alle Produktmärkte sind abhängig davon, wie die Handelsbeziehungen laufen, ob Freihandelsabkommen geschlossen werden oder nicht und so weiter. Und am Ende ist die europäische Landwirtschaft nicht mehr zukunftsfähig.

Heißt das, die Nationalstaaten und die EU haben nicht mehr so viel Geld, das sie in die Landwirtschaft geben können, und deshalb wird nach Wegen gesucht, wie die Preisgestaltung über Verträge ein besseres Einkommen ermöglicht?

Hannen: Im Prinzip ja. Das Problem ist, dass wir innerhalb der Wertschöpfungskette Konzerne haben, die Milliardengewinne machen. Den Vorwurf, hier nicht regulierend einzugreifen, muss sich die Politik schon gefallen lassen.

Wie aber kann die Verteilung entlang der Wertschöpfungskette besser geregelt werden?

Hannen: Genau hier greift der Drei-Parteien-Vertrag. Alle drei sitzen am Tisch und klar ist: Ich habe diese Erzeugungskosten und ich brauche Geld für die Abschreibung und einen gewissen Gewinnansatz. Dann kommt der Verarbeiter und hat diese und jene Kosten und so weiter. Dann der Handel, der setzt seine Marge drauf für Distribution, Lagerung etc. Den dreien, die am Tisch sitzen, ist klar, dass im besten Fall keiner sich mehr nimmt, als ihm zusteht.

Derzeit wird von den Bioverbänden Bioland und Naturland ein Orientierungspreis nach Artikel 210a der Gemeinsamen Marktordnung der EU (GMO) erarbeitet.² Dieser Artikel erlaubt Preisabsprachen, wenn z. B. die Milch Nachhaltigkeitskriterien erfüllt. Ist das eine ganz andere Baustelle oder steht ihr in Kontakt mit dieser Initiative?

Hannen: Im Grunde genommen sind die Gedanken des Artikels 210a in den Drei-Parteien-Verträgen schon 1:1 verarbeitet. Der Handel will ein Produkt, und der Erzeuger bietet diesen Rohstoff an. Dann gibt es einen Grundpreis nach Milch-Güteverordnung auf der Basis von Fett und Eiweiß etc. und weiteren Kriterien wie z. B. Tierwohl, die mit X-Cent bewertet werden. Dieser Aufschlag kommt obendrauf, wie auch für Weidemilch, CO₂-freie Milch etc. Als wir damals 2020 zum Kartellamt gegangen sind, hatten wir diesen Ansatz verfolgt. Jetzt hat mich die EU-Monopolkommission eingeladen, dass wir ihr unser Pilotvorhaben mit den Drei-Parteien-Verträgen vorstellen. Damals sind sie wohl auf uns aufmerksam geworden. Sie hätten ja sonst auch die Franzosen fragen können.

Gab es politische Unterstützung für Euer Vorhaben von deutscher Seite?

Hannen: Wir wollten es unbedingt in dieser grünen Legislaturperiode hinkriegen und haben unseren Verhandlungsstand dem BMEL immer kommuniziert. Deren Politik, Verträge über den Artikel 148 der Gemeinschaftlichen Marktordnung der EU (GMO) verpflichtend zu machen, ist ja gescheitert. Nun hoffen wir, dass die Vertragspflicht über die durch die EU bis 2026 zu novellierende Richtlinie Unlautere Handelspraktiken – UTP verankert wird und über die bis 2028 zu überarbeitende GMO. An beiden wird bereits gearbeitet. Die nationalen Ansätze sind ja an der FDP und an der CDU gescheitert. Daher war unsere Absicht, denen zu zeigen: Es geht auch ohne die Politik!

Was hättet ihr Euch von der Politik gewünscht?

Hannen: Was wir brauchen, ist der politische Wille, auch die großen Verarbeiter in diesen Kontext einzubinden. Wir haben bisher nur den Lebensmitteleinzelhandel, der knapp 40 Prozent des Gesamtmilchmarktes abdeckt. Wir haben weder die großen Verarbeiter der Süßwarenindustrie noch die Eishersteller, Backwarenhersteller etc. bis hin zum Convenience-Food-Hersteller, Pizzaproduzenten etc. Die machen in ihrem System ungehindert weiter und kaufen billig ein, um teuer zu verkaufen und das Marketing dazwischen einzukalkulieren. Jedes Krankenhaus, jedes Cateringunternehmen – alle kaufen nur nach dem Preis. Qualitätskriterien spielen keine Rolle. Auch in diesem Sektor hätte man sich Mühe geben können, diese einzufangen. Hier hätte der Artikel 148 GMO gegriffen und Verträge für alle verbindlich machen können. Dann kommt noch der Export hinzu. Den hätten wir mit einer Herkunftskennzeichnung geregelt bekommen. Der Deutsche Bauernverband (DBV) und vor allem LsV (Land schafft Verbindung) haben sich dafür stark gemacht. Der Druck seitens der Verarbeiter hat zugenommen und nun hat sich der DBV schon wieder

davon etwas abgewandt. Die Verarbeiter Arla, DMK, Müller arbeiten ja grenzüberschreitend, wie die Großunternehmen im Fleischbereich auch.

Könnte an dieser Stelle nicht die EU regulierend eingreifen?

Hannen: An diesem Punkt sind wir gerade. Die EU wird eine Marktbeobachtungsstelle, die EU Agri-Food Chain Observatory (AFCO)³, einrichten und hatte dazu im Juli 2024 zu einer ersten Sitzung in Brüssel eingeladen. Es sollen Preise, Kosten und Margen aller Lebensmittel beobachtet werden, nicht nur die Milch, sondern auch für Fleisch, Getreide, Obst und Gemüse, um künftig Maßnahmen zu ergreifen, die Position der Erzeuger in der Kette zu verbessern. Der Agrarkommissar hat klare Vorgaben dazu gemacht: Er will Transparenz innerhalb der Ketten bis hin zu den globalen Wertschöpfungsketten. Dazu müssen wir den Status quo erfassen.

Wir haben einen ganzen Tag zusammengesessen, die Berichte von 26 Ländern angehört. Diese wurden per Zoom zugeschaltet oder waren persönlich vertreten. Die genossenschaftlich geprägten Länder wie Holland, Dänemark, Irland, Schweden – die haben gesagt: »Kein Problem. Unsere Genossenschaften liefern alle Daten und wir liefern sie Euch, dann könnt ihr sehen, wie transparent wir arbeiten.« Dann gibt es eine andere Fraktion mit Portugal, Spanien, Frankreich, Belgien, Italien. Die haben gesagt: »Nein, wir haben dafür schon Gesetze entwickelt, denn wir trauen den großen Konzernen nicht mehr.« Spanien und Portugal haben ja bereits Gesetze, Belgien ist gerade dabei, eines durch das Parlament zu bringen. Und dann gibt es noch die Fraktion der Balkanländer bis runter nach Griechenland. Die sagten: »Uns wäre sehr geholfen, wenn die EU uns unterstützt, uns für ein System zu entscheiden. Wir machen mal einen Probelauf mit dem spanischen. Wir werden uns wohl über die Novellierung der UTP-Richtlinie und deren nationale Umsetzung an die Sache annähern.«

Wir waren 90 Teilnehmende und das Ergebnis der Abfrage dieser 26 Länder war, dass wir sechs Arbeitsgruppen einrichten werden, unter anderem auch eine für die Produktionskostenermittlung und Indexierung. In diesem Rahmen werden wir den in Deutschland vom Büro für Agrarsoziologie im Auftrag des MEG Milch Board erarbeiteten Milch Marker Index (MMI) vorstellen. Der Kommissar hat klar gesagt: Am Ende sollen politische Handlungsoptionen formuliert sein, die dann für die EU-Kommission bindend sein werden.

Wie ist die aktuelle Zusammensetzung dieses Kreises?

Hannen: Neben uns, dem European Milk Board (EMB), vertreten ist auch die European Coordination via Campesina (ECVC) sowie die Initiative »Fairer Preise in der Lieferkette«, in der unter anderem

Oxfam europaweit aktiv ist. Auf der anderen Seite sitzen natürlich der Raiffeisenverband, der Bauernverband COPA-COGECA, Verbände der Zuckerindustrie und der Düngemittelindustrie. Alle sind vertreten und wollen »nur das Gute für die Bauern«. Da muss man höllisch aufpassen, das ist wirklich politische Arbeit, die Diskussion so zu führen, dass sie am Ende zu einem Ergebnis führt, das den Erzeugern auch wirklich was nutzt.

Welches Interesse, diesen Prozess voranzutreiben, hat die EU?

Hannen: Der EU-Kommissar hat es in seinem Eingangsstatement klar gesagt: Es geht im Ende um Vertragsgestaltung. Darin sieht die EU die Lösung: In Zukunft wird es weniger direkt bezahlte Subventionen geben und wenn, dann nur noch an Bedingungen geknüpfte. Dafür jedoch soll der Markt besser kontrolliert werden. Wer macht die Margen mit dem Produkt? Die Erzeuger waren das noch nie. Das sieht man auch in der Kommission so und daher geht die Ansage klar in Richtung der großen Konzerne im Milchbereich, wie Nestlé, Danone, Lactalis, und die großen Genossenschaften. Genau da möchte man mehr Transparenz. Im Endeffekt soll das der Politik ein bisschen mehr Spielraum geben, um die Subventionen noch deutlicher an die gesellschaftlichen Anforderungen zu binden, weil dann auf der anderen Seite der Markt mehr Verlässlichkeit, mehr Preissicherheit und mehr Langfristigkeit der Absprachen ermöglicht. Wir haben doch aktuell das Problem, dass der Markt sich nur gerade das nimmt, was der Verbraucher aktuell möchte: z. B. keine Anbindehaltung – gerne, dann spielen wir auf Tierhaltungsstufen. Langfristig kommen dann noch Klimaneutralität der Produkte hinzu oder Umweltkriterien wie Weide. Der Markt spielt aber nicht gleichzeitig alle Nachhaltigkeitskriterien, zu denen ja auch das Soziale zählt. Genau hier muss die Politik nachhelfen. Nur muss der Markt dazu funktionieren, sonst verlieren die Bauern den Spaß an der Landwirtschaft, noch bevor die Politik etwas umsetzen kann.

Verträge sind ein Kernelement einer jeden Marktwirtschaft. Warum stellen sich die Genossenschaften, Bauernverband und die Parteien wie die FDP und CDU, denen doch die Marktwirtschaft angeblich am Herzen liegt, dagegen?

Hannen: Auf der Marktebene sind es die Optionen, den Export zu bedienen. Daran sind gerade die großen Player interessiert. Die Macht der COPA-COGECA könnte ja wunderbar eingesetzt werden, um diese Verträge durchzusetzen. Aber ich sage ja immer: »Wer die Finger überall drin hat, kann die Faust nicht ballen zum Kämpfen.« Und was die Parteien anbetrifft. Da

wurde der Koalitionsvertrag einfach schlecht verhandelt, wurden zu viele Lücken gelassen, in die die FDP reinkommen konnte, um ihr »Nein« zu platzieren und auch gerne mit der CDU und dem Bauernverband dann alles kippen konnte. Und uns wirft man dann »Planwirtschaft« vor und wir würden »sozialistische Verhältnisse befürworten«! Dabei sind Verträge die eigentliche Grundlage der Wirtschaft.

Dabei zeichnet sich eine Entwicklung ab, dass sowohl die großen Genossenschaften als auch die anderen großen Player beginnen, in denjenigen Ländern eine Produktion aufzubauen, in die sie bisher exportiert haben. Am Ende werden wir in Europa auf uns selbst schauen müssen. Diese unterschiedlichen gesellschaftlichen Anforderungen sind von elementarer Bedeutung, da sie den ganzen Markt beeinflussen. Wir hier in Europa verfolgen ein sehr hohes Niveau und daher stehen auch hohe Produktionskosten dahinter. Der Konsument in Afrika, in China oder Amerika hat wahrscheinlich ganz andere gesellschaftliche Anforderungen an das Produkt.

Kann man also von einer Tendenz zur Regionalisierung der globalen Märkte sprechen?

Hannen: Ja, auf jeden Fall. Das ist vergleichbar mit den Tendenzen in der Automobilindustrie. Die Globalisierung hat in vielen Bereichen der Wirtschaft keinen Vorteil gebracht und in der Landwirtschaft schon gar nicht. Diese billige Energieversorgung, wie wir sie uns vorgestellt haben, die wird es nicht mehr geben in Zukunft, und wir sehen ja schon die Unterschiede innerhalb Europas.

Wie geht es weiter?

Hannen: Wir setzen klar auf die europäische Ebene, denn in Deutschland haben wir auf jeden Fall die Zeit vertan. Wenn diese Food-Chain-Observatory aktiv bleibt und sich alle zwei Monate trifft, wird sie diese Handlungsoptionen erarbeiten können. Bis 2026 muss ja die UTP-Richtlinie national umgesetzt und

vor 2028 die GMO überarbeitet sein. Dann können die von der Gruppe erarbeiteten Handlungsoptionen auch national umgesetzt werden. Die Drei-Parteien-Verträge sind ja relativ frei in ihrer Gestaltung. Wir betrachten es eher als Aushandlungsprozess zu klar gesetzten Regeln, also weit entfernt von Planwirtschaft. Eben mit dem Unterschied z. B. zu den Verträgen, die Aldi mit den Molkereien macht und dabei den Ife-Rohstoffwert⁴ einsetzt zur Preisermittlung. Der ist ein Börsenwert und hat ja mit den Erzeugerkosten überhaupt nichts zu tun!

Anmerkungen

- 1 Institute de L'Elevage, Frankreich (<https://idele.fr>) ist eine nicht-staatliche Organisation im Bereich Viehzucht (Pflanzenfresser), Beratung, Forschung und Zuarbeit für das französische Agrarministerium.
- 2 Siehe hierzu den Beitrag von Gabriela Fiebinger in diesem *Kritischen Agrarbericht* (S. 139-142).
- 3 European Commission: Commission starts setting agriculture and food chain observatory. Meldung der Europäischen Kommission vom 9. April 2024.
- 4 Der Kieler Rohstoffwert Milch – auch unter dem Namen ife Rohstoffwert Milch bekannt – dient als Frühindikator für die Preisentwicklungen auf dem deutschen Milchmarkt. Dieser wird einmal monatlich vom Institut für Ernährungswirtschaft (ife) veröffentlicht.

Förderhinweis

Die redaktionelle Bearbeitung dieses Beitrags erfolgte im Rahmen des von der Landwirtschaftlichen Rentenbank geförderten Projektes »Chancen und Möglichkeiten einer sozialen und ökologischen Marktwirtschaft in der Landwirtschaft«.



Elmar Hannen

Milchbauer im Bundesverband Deutscher Milchviehhalter (BDM).

hannen@europeanmilkboard.org